

Abstimmung vom 26.11.2000

## Nein zu «Sparen beim Militär» – Ausgaben werden nicht halbiert

**Abgelehnt: Volksinitiative «Sparen beim Militär  
und der Gesamtverteidigung – für mehr Frieden  
und zukunftsgerichtete Arbeitsplätze»**

Brigitte Menzi

---

*Dieser Artikel ist erstmals 2010 im «Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007» erschienen, welches von Wolf Linder, Christian Bolliger und Yvan Rielle herausgegeben und beim Haupt Verlag publiziert wurde.*

**Empfohlene Zitierweise:** Menzi, Brigitte (2010): Nein zu «Sparen beim Militär» – Ausgaben werden nicht halbiert. In: Linder, Wolf, Christian Bolliger und Yvan Rielle (Hg.): Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007. Bern: Haupt. S. 597–598.

**Herausgeber dieses Dokuments:** Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. [www.swissvotes.ch](http://www.swissvotes.ch).

## VORGESCHICHTE

Die Initiative «Sparen beim Militär und der Gesamtverteidigung – für mehr Frieden und zukunftsgerichtete Arbeitsplätze» steht von Anfang an unter einem schlechten Stern: Die im September 1995 gestartete Unterschriftensammlung kommt nur harzig voran, erst im März 1997 kann sie mit 108 541 Unterschriften eingereicht werden.

Die Lancierung des Volksbegehrens war überhaupt nur deshalb zustande gekommen, weil das Parlament die erste SP-Umlagerungsinitiative mit dem Titel «Für weniger Militärausgaben und mehr Friedenspolitik» 1995 für ungültig erklärt. Grund ist die darin enthaltene Forderung, Militärkredite zu kürzen und einen Teil der dadurch eingesparten Gelder für die Sicherung der Sozialwerke einzusetzen. Gemäss Parlament besteht jedoch kein sachlicher Zusammenhang zwischen Sicherheits- und Sozialpolitik, das Anliegen verletzt also den Grundsatz der «Einheit der Materie».

Im Gegensatz dazu will die Initiative «Sparen beim Militär und der Gesamtverteidigung – für mehr Frieden und zukunftsgerichtete Arbeitsplätze» die durch Ausgabenkürzungen beim Militär eingesparten Mittel für zusätzliche internationale Friedenspolitik einsetzen, wodurch die Einheit der Materie gewahrt bleibt. Der Bundesrat beantragt dem Parlament, die Initiative ohne Gegenvorschlag abzulehnen. Er begründet dies damit, dass mit der Umsetzung der Initiative die Landesverteidigung zu sehr geschwächt würde und ausserdem die Armeeaussgaben im Jahr 2002 real bereits um 28% tiefer sein würden als noch 1987. National- und Ständerat folgen dem Bundesrat und lehnen das Begehren gegen den Willen der Linken im Nationalrat mit 119 zu 62 und im Ständerat mit 36 zu 6 Stimmen ab.

## GEGENSTAND

Nach dem Willen der Initianten sollen die Ausgaben für die Landesverteidigung innerhalb von zehn Jahren auf die Hälfte der Ausgaben von 1987 gesenkt und ein Drittel der so frei werdenden Mittel für zusätzliche internationale Friedenspolitik eingesetzt werden. Der Bund fördert die Umstrukturierung der von der Abrüstung betroffenen Betriebe und Verwaltungen. Zusätzlich soll für die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen ein Konversionsfonds in der Höhe von einer Milliarde Franken geschaffen werden.

## ABSTIMMUNGSKAMPF

Die Trennlinie zwischen Befürwortern und Gegnern verläuft mehrheitlich entlang der klassischen Links-rechts-Achse: SP, Grüne, CSP, PdA, EVP (allerdings mit zwei abweichenden Kantonalsektionen) und Gewerkschaften werben für das Anliegen, das Komitee «Nein zu einer Schweiz ohne Sicherheit» mit Vertretern der FDP, Liberalen, CVP und SVP stellt sich dagegen. Das Pro-Komitee argumentiert, dass die militärische Bedrohung mit dem Ende des Kalten Krieges abgenommen habe und deshalb Ausgabenkürzungen bei der Armee gerechtfertigt seien: «Die Schweiz leistet sich heute die grösste und teuerste Armee im europäischen Vergleich.

Von den heute 5 Milliarden Franken, die der Bund für die Landesverteidigung ausgibt, sollen 1,8 Milliarden Franken gespart und anders verwendet werden» (Abstimmungsbüchlein). Nachhaltiger als die militärische Landesverteidigung sei die weltweite Förderung von Frieden und Entwicklung. Die Initiative setze zudem Mittel für die soziale Sicherheit frei und schaffe neue Arbeitsplätze. Die Gegnerschaft bezeichnet die Initiative als überflüssig – weil auf der Ausgabenseite bereits zur Hälfte realisiert – unausgegoren und gefährlich. Bundesrat Adolf Ogi, der im Abstimmungskampf eine zentrale Rolle einnimmt, wird nicht müde zu betonen, dass bei Annahme der Initiative die Leistungsfähigkeit der Armee nicht mehr sichergestellt wäre. Er verweist zudem auf die bereits eingeleitete Armeereform XXI, welche durch die Initiative infrage gestellt würde.

## ERGEBNIS

Am 26. November 2000 lehnt das Stimmvolk die Umlagerungsinitiative der SP bei einer Beteiligung von 41,7% mit einem Neinstimmenanteil von 62,4% klar ab. Lediglich vier französischsprachige Kantone nehmen die Vorlage an: Genf, Neuenburg, der Jura und die Waadt. Demgegenüber stellt sich die Deutschschweiz geschlossen gegen die Vorlage, am deutlichsten der Kanton Uri mit einem Neinstimmenanteil von 80,3%. Neben dem «Röstigraben» zeigen sich bei der Abstimmung die klassischen parteipolitischen Spaltungen: Die Ablehnung ist bei den Parteianhängern der bürgerlichen Mitte und des rechtskonservativen Lagers mit mehr als 80 Prozent Neinstimmen massiv. Im rot-grünen Lager hingegen erhält die Vorlage deutliche Zustimmung.

In den Augen der Initiativgegnerinnen und -gegner wäre eine wirkungsvolle Landesverteidigung nach einer weiteren Kürzung der Ausgaben nicht mehr möglich gewesen. Bei den Jastimmenden standen grundsätzliche Kritik an der Armee und die zu hohen Kosten im Vordergrund, aber auch das Argument der Friedenssicherung fand breite Unterstützung. Die Medien werten das Abstimmungsergebnis nicht nur als grundsätzliche Zustimmung des Volkes zur Verteidigungspolitik, sondern auch als persönlichen Sieg von Bundesrat und Verteidigungsminister Adolf Ogi.

## QUELLEN

BBI 1999 3285; BBI 2000 2132. Erläuterungen des Bundesrates. APS 1995 bis 2000: Landesverteidigung. Vox Nr. 72. Bühlmann et al. 2006: 76–79.

Ein Literaturverzeichnis mit den ausführlichen bibliographischen Angaben finden Sie auf unserer Website [www.swissvotes.ch](http://www.swissvotes.ch).